

Polit Talk in der Zuger Woche vom 11. November 2009

Ein Nein zur Minarettinitiative bedeutet ein Ja zum religiösen Frieden in der Schweiz

Der religiöse Frieden ist ein kostbares Gut, wenn man in die Schweizer Geschichte und auf die Kriegsschauplätze unserer Welt schaut. Die Minarettinitiative gefährdet den religiösen Frieden in der Schweiz und ist deshalb abzulehnen.

Die Schweizer Geschichte ist zum Teil die Geschichte eines lang andauernden und blutigen Bürgerkriegs zwischen Protestanten und Katholiken. Konfessionelle Ausnahmeartikel gegen Katholiken in der Bundesverfassung des 19. Jahrhunderts schrieben diesen Konflikt aus der Sicht der Sieger juristisch fest. Die Folge der politischen und rechtlichen Zurückdrängung der Katholiken im Kulturkampf des 19. Jahrhunderts war eine breite Solidarisierung durch alle Gesellschaftsschichten hindurch und eine konservative Radikalisierung, aus der letztlich die CVP entstand.

2001 wurde mit dem Bistumsartikel in Paragraph 72, Absatz 3 der letzte konfessionelle Ausnahmeartikel gestrichen. Nur acht Jahre später soll an gleicher Stelle ein neuer kulturkämpferischer Artikel eingefügt werden, der sich diesmal gegen die Muslime richtet.

Der Islam ist grundsätzlich eine auf Frieden und Gastfreundschaft ausgerichtete Religion, die dem Christentum verwandt ist. Praktisch alle Muslime in der Schweiz halten sich an unser Rechtssystem und stehen für unsere demokratischen Einrichtungen ein. Man könnte zwar auch das Christentum aus dem Blickwinkel von Kreuzzügen, Antisemitismus und Inquisition betrachten. So sind die Gefahren des islamischen Extremismus und Fundamentalismus nicht zu unterschätzen. Um unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen zu schützen, verfügen wir mit dem Staatsschutz und dem Ausländerrecht jedoch bereits heute über ausreichende Mittel. An religiösen Konflikten, die aus einer Zurückdrängung der Muslime entstehen könnten, hätten höchstens Fundamentalisten ein Interesse.

Eine Lehre des 19. Jahrhunderts lautet, dass sich der Staat aus den religiösen Angelegenheiten heraushalten muss. „Der Staat ist für die Freiheit zuständig und nicht für die Wahrheit“, wie sich kürzlich der Präsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds ausdrückte.

Politisch geht es bei dieser Initiative noch um weit mehr. Sie verletzt mehrere Verfassungsartikel und zentrale Grundwerte unseres Landes und schadet dem Ansehen der Schweiz gravierend. Dies sind Gründe, warum praktisch alle Parteien und Behörden diese Initiative ablehnen. Die Kirchen in der Schweiz kennen die Gefahren religiösen Unfriedens und empfehlen ebenfalls klar und unmissverständlich ein Nein. Wir sollten es ihnen gleich tun.